

nicht des Generalagenten zurückzuführen, der die deutsche Ausgabenwirtschaft scharf unter die Lupe nahm, die durch das ungeklärte Verhältnis zwischen Reich und Ländern hervorgerufene Unübersichtlichkeit der deutschen Finanzabrechnung tabelle und auf die Notwendigkeit einer allgemeinen Vereinfachung und Verbilligung der deutschen Verwaltung hinwies. Dieses große Problem der innerdeutschen Politik, dessen Feuer uns täglich mehr auf die Fingernägel brennt, ohne daß es bis jetzt einer durchgreifenden Lösung nähergekommen wäre, wirkt jetzt auch auf die Reform der Beamtenbesoldung seinen Schatten, da hier die eigentliche Ursache des Vorwachsens des Generalagenten zu suchen ist. Die kritische Wendung trat in dem Augenblick ein, als die vom Reichsfinanzminister ausgesprochene Zuversicht, daß die Mehraufwendungen für die Beamtenbesoldung aus den vorhandenen Mitteln ohne steuerliche Mehrbelastung der Wirtschaft gedeckt werden könnten, durch die kategorische Erklärung verschiedener Länder durchkreuzt wurde, daß sie außerstande seien, die Erhöhung der Beamtengehälter aus eigenen Mitteln zu bestreiten und daß sie daher entsprechende Zuschüsse vom Reiche fordern müßten. Hieraus zog der Generalagent die Schlussfolgerung, daß die Reichsregierung sich zu einer Verringerung in der Lastenverteilung zwischen Reich und Ländern bequemen werde, auf Grund deren der Reichshaushalt mit unvorhergesehenen Ausgaben beschwert und im Gleichgewicht gefahrt werden müßte. Der Reichsfinanzminister ist zwar auf seiner Bereitschaft im Reichsrat auszusprechen Ablehnung der Länderforderung, den Anteil der Mitgliedstaaten an dem Aufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 75 auf 80 Prozent zu erhöhen, auch im Reichstag stehen geblieben, aber es hat den Anschein, als ob der Generalagent nicht genügend fest davon überzeugt wäre, daß Herr Dr. Köhler unter seinen Umständen sich von seinem zweimaligen Nein im weiteren Verlaufe der Verhandlungen etwas abhandeln lassen würde. Wie man aber auch hinsichtlich des Problems der Besoldungserhöhung und der daraus sich entwickelnden finanziellen Deckungs- und Ausgleichsfrage beurteilen mag, darüber muß in Deutschland eine Meinung bestehen, daß durch die Art und Weise, wie sich der Reparationsagent hier einmischt, seine Besorgnisse weit überschritten werden. Keinesfalls darf sein Dazwischenreten so weit gehen, daß er der deutschen Regierung Vorschriften über ihre Beamtenpolitik zu machen versucht, und durch Forderungen, wie die nach einem neuen Beamtenabgab, Ursache in die Beamtenpolitik trägt. Hier müssen die Kompetenzen scharf abgegrenzt werden. Wenn das dem Reparationsagenten auch sicher vom Reichsfinanzminister klar gemacht werden wird, so bleibt davon doch der peinliche und demütigende Niederschlag dieses Zwischenfalles, der im deutschen nationalen Empfinden das Bewußtsein zurückläßt, wieviel noch immer bis zur Erreichung eines Zustandes fehlt, der uns wieder völlig zu Herren in unserem eigenen Hause macht.

So lange sind wir kein wahrhaft freies und souveränes Volk, als noch ein fremder Soldat auf deutschem Boden steht und wir der ausländischen Finanzkontrolle in irgendeiner Form unterworfen sind.

Um so nachdrücklicher müßte in dem vorliegenden und jedem anderen ähnlichen Falle, der uns unsere Stellung unter fremder Vormundschaft vor Augen führt, das Aufstehen unseres Nationalempfindens durch eine geschlossene Volksgemeinschaft ohne Unterschied der Partei nach außen hin zum Ausdruck gebracht werden. Leider aber zeigt sich auch hier wieder ein Rückfall in unser altes Erbübel nationaler Würdelosigkeit insofern, als in einem Teil der linkspressen das Eingreifen des Generalagenten in unsere finanzielle Selbstbestimmung geradezu begrüßt wird, weil es der Reichsregierung eine Rückendeckung gegen die allzu hohen Forderungen Bayerns und für Abträge an der Besoldungsvorlage gewähre. Die Abneigung der Linken gegen Bayern ist ja bekannt, aber die elementarste Rücksicht auf nationalen Anstand sollte es doch verbieten, den Vertreter der fremden Gläubigerstaaten als Eideshelfer gegen ein deutsches Land heranzuziehen. Es darf nicht wundernehmen, daß die bayrische Presse auf diese Entgegensetzung derb reagiert. Im übrigen enthält der Zwischenfall eine recht ernste und eindringliche Mahnung an das Reich und die Länder, sich einer gründlich sparsamen Wirtschaft zu befleißigen und mit dem Abbau des kostspieligen Verwaltungsapparates endlich den Anfang zu machen. Je hausälterlicher wir unsere Finanzen gestalten, desto unabhängiger werden wir sein, desto weniger wird man uns von außen her in unsere Angelegenheiten hineintreten können, desto leichter wird uns die Erfüllung berechtigter Beamtenwünsche fallen. Von diesem Standpunkte aus ist eine Erinnerung an die frühere Finanzabrechnung des deutschnationalen Reichsfinanzministers v. Schlieben recht zeitgemäß. Herr v. Schlieben hatte seinerzeit in kluger Voraussicht gewisse Reiseren angelamelt und wurde deshalb von der Linken der „Deputationspolitik“ beschuldigt. Sein demokratischer Nachfolger Dr. Reinhold machte um der Erhaltung von Augenblickserfolgen willen die Reiseren flüssig. Wären sie jetzt noch vorhanden gewesen, so hätte sich die Besoldungsreform allzu erliegen lassen, da dann auch die Ansprüche der Länder angemessene Berücksichtigung hätten finden können, ohne das Gleichgewicht des Reichshaushalts in Gefahr zu bringen. Die Linke hat also wirklich keinen Anlaß, die Vorkämpfer einer demokratischen Reichsfinanzverwaltung zu preisen und zu erklären, daß erst seit Dr. Reinholds Abgang die Fäden gerissen seien, die früher das Reichsfinanzministerium mit dem Generalagenten verbunden hätten. Wenn Herr Parler Ober gewollt hätte, wäre ihm selbstverständlich auch von Dr. Köhler die Tür zu einer vertraulichen Besprechung jederzeit bereitwillig geöffnet worden. Aber der deutsche Reichsfinanzminister kann dem Generalagenten doch nicht nachlaufen.

### Lord George warnt Frankreich.

(Durch Bunkers.)

London, 24. Okt. Lord George stellt heute vor der englischen Völkerbundliga eine Rede über die Abrüstungsfrage. Wenn heute wieder von neuen Gelehrten für den europäischen Frieden gesprochen werde, so müsse man selber feststellen, daß sogar sehr schwere Gefahren drohen. Die Demonstration der kleinen Nationen auf der letzten Völkerbundtagung für Schlichterbarkeit und Abrüstung müsse als sehr beachtenswert empfunden werden. Lord George erklärte, daß man sich beim Friedensschluß des Jahres 1919 in Paris durchaus einig gewesen sei, später gewisse Ergänzungen noch vornehmen zu müssen. Allein der Völkerbund sei in der Lage, die durch die Ziehung der neuen Grenzen entstandenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Wohl sei es unangenehm und unerwünscht, immer an den Friedensverträgen heranzumühen, Europa komme dadurch nur in einen Dauerzustand der Unruhe. Jeder Versuch zu einer Revision eines Vertrages müsse vorsichtig und diskret unternommen werden. Ein tiefer Friede sei aber für Europa eine Unmöglichkeit, solange nicht jedes den Frieden bedrohende Unrecht in objektiver und rechtlicher Untersuchung von einem die Weltanschauung gleichenden Tribunal geprüft werde. Die Haupt Schwierigkeit liege aber nicht darin, daß die Friedensverträge eine scharfe Auslegung erfahren, die größte Gefahr liege in der Minderheitenbehandlung der annektierten Gebiete und

in der Besetzung des Rheinlandes.

Deutschland habe den ersten und erfolgreichen Versuch gemacht, die ihm auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Lord George gab seiner großen Sorge Ausdruck darüber, daß diese Besatzungsfrage in den nächsten Jahren für den europäischen Frieden keine angenehmen Wirkungen haben werde. Am schlimmsten aber sei die stagnante Wirtschaft der Völkerbundliga im Hinblick auf die allgemeine Abrüstung. Verstärktes Mitleiden der verschiedenen Staaten müsse eine schwere Schwächung des Völkerbundes dar. Der gegenwärtige Umlauf der Rüstungen in Europa sei ein glatter Verdrängungsdruck seitens der Nationen, die nach dem Kriege in den Völkerbund eingetreten sind, um in erster Linie die Unverletzlichkeit der Einträge zu sichern. Solange es große Rüstungen gebe, werde es auch große Kriege geben.

### Der französisch-amerikanische Zollkonflikt.

Washington gibt nach?

Paris, 24. Okt. Wie zu der heute nachmittag überreichten amerikanischen Antwortnote verlaute, beschäftigt sich der Eindruck, daß die amerikanische Regierung ihre Forderung bezüglich der Mostbegünstigungsklausel aufgegeben hat. Sie soll sich darauf beschränken, die Anwendung der gegenwärtigen Minimalzölle auf eine bestimmte Anzahl amerikanischer Erzeugnisse zu verlangen. Wahrscheinlich dürfte die amerikanische Note auf der Eröffnung allgemeiner Handelsvertragsverhandlungen bestehen.

### Japan demontiert sonderbare Gerichte.

London, 24. Oktober. Das japanische Außenministerium demontiert nach Meldungen aus Tokio offiziell das Gerichte, wonach der japanische Ministerpräsident Tanaka den Abschluß eines Offensiv- und Defensivbündnisses mit Deutschland und Rußland auf einer dem früheren englisch-japanischen Bündnis entsprechenden Basis plane. Die japanischen Zeitungen hatten behauptet, daß die Vorbereitungen für den Abschluß eines solchen Bündnisses bereits getroffen würden.

### Falsche Gerichte von einem politischen Allentag in Berlin.

Berlin, 24. Okt. (Priv.-T.) Zu den umlaufenden Gerichten über eine angebliche Ermordung eines tschechoslowakischen Diplomaten in Berlin, die besonders wie auch aus dem Bericht über die Berliner Schicksalshetze hervorgeht, die Börse beunruhigten, erzählt das B. T. B. von untermittelter Seite, daß diese Gerichte völlig unrichtig sind. Sie haben ihre Entstehungsbahn vielleicht in dem Umstande, daß der Legationsattaché der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Berlin, Dr. Hermann Ungar, vor einigen Tagen bei einer Autofahrt verunglückte und ein Bein brach.

### Studentenkrawalle in Budapest.

Budapest, 24. Okt. Im Zentralgebäude der Budapester Universität wie auch an der Technischen Hochschule kam es heute vormittag zu erheblichen Ausschüssen. Die Studentenschaft besprach in erregtem Tone die Erlassnisse der Vornahme, nämlich die Rede des Ministerpräsidenten Grafen Bethlen über den numerus clausus in der eine mildere Anwendung dieser Maßnahme angefragt wurde, so daß in Zukunft der Zugang tschechischer Studenten zur Universität und Hochschule uneingeschränkt zulässig sein soll, sowie die Ausführung des Ständesystems, der schon wegen der Verbreitung pornographischer Schriften verurteilt worden ist, durch das Nationaltheater. Bei diesen Erörterungen kam es zu Zusammenstößen und blutigen Schlägereien. Auch auf der Straße demonstrierten kleinere Gruppen, die von der Polizei zerstreut wurden. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

### Sinkopatastrophe in Finnland.

21 Personen in Tammerfors umgekommen.

Stockholm, 24. Okt. In Tammerfors brach am Sonntagabend ein Wasserraum ein und ein Dampfer, der auf den Fährkanal überliefen. Der Wasserraum, ein russischer Dampfer, verlor den Kopf, klappte aus dem Rumpfe und ließ die Tür offen, so daß die Flammen freien Abzug hatten und mit rasender Schnelligkeit auf den dicht besetzten Balken übergriffen. Es entstand eine Panik, bei der 21 Personen in den Flammen umkamen. Das Feuer griff auch auf das Parkett über, wo sich entsetzliche Szenen abspielten. Eine große Anzahl Personen wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Zwei von ihnen sind inzwischen ihren Verletzungen erlegen, drei weitere liegen hoffnungslos darnieder. Das ganze Gebäude ist vollständig niedergebrannt.

### Erdbeben in Amerika.

New York, 24. Okt. Wie in New York, wurde ein hartes Erdbeben auch von den Seidmographen in Newhaven, Kansas, Cleveland, Denver und Berkeley (Kalifornien) registriert. Die Erdstöße waren so stark, daß die Registrierer nicht mehr schliefen. Seidmographen von der Registrierstation abtraten es wird angenommen, daß der Herd der Erdstöße sich in Alaska oder in einem Gebiet nahe bei Alaska befindet. In verschiedenen Teilen Alaskas wurden heftige Erdbeben verspürt. Bis jetzt wurde jedoch kein erheblicher Sachschaden gemeldet.

Moskau, 24. Oktober. Das Zentralkomitee hat beschlossen, Sinowjew und Trozki aus dem Zentralkomitee auszuschließen. (B. T. B.)

**Nimm** bei Husten, Heiserkeit, Verschleimung, **Gay's** echte Sodener Mineral-Pastillen.

## Dr. Schachts Anleihepolitik.

### Die Ansicht eines deutschen Bankdirektors.

Ein Interview im „Matin“.

Paris, 24. Okt. Der „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem deutschen Bankdirektor Kurt Sobernheim von der Kommerz- und Privatbank, in der dieser sich eingehend über die deutsche Anleihepolitik äußert und rückhaltlos die Anleihepolitik des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht billigt. Sobernheim erklärt u. a., die Anhänger einer Anleihepolitik verlangen kategorisch Geld und Kredite, und sie bemühen sich zum Teil mit einiger Berechnung, die Notwendigkeit von Anleihen einander zuzusehen. Die Börse ist in ihrer Mehrheit der Meinung, daß ein jeder wissen muß, was er tut, und daß man über das ausländische Kapital frei verfügen kann. Der Vorkämpfer der entgegengesetzten Richtung ist Reichsbankpräsident Dr. Schacht. Während die Verteidiger der Anleihepolitik nur die Vorteile dieser Operation sehen wollen und viel Bewegungsfreiheit für sich verlangen, deutet der Reichsbankpräsident an die Belastung für die Zukunft. Dr. Schacht und die Männer, die genügend kritischen Geist besitzen, um den Reichsbankpräsidenten zu verstehen, sind davon überzeugt, daß die Last der Anleihen später auf das Land einen furchtbaren Druck ausüben muß. Es ist klar, daß Deutschland, nachdem es durch den Krieg und die Zeit nach dem Kriege mit Besetzung und Inflation einen großen Teil seines Kapitals verloren hat, seine Wirtschaft nicht ausschließlich mit eigenen Mitteln aufbauen kann. Deshalb wurde zuerst der Zutritt fremden Kapitals gefordert. Dadurch ist es der Industrie möglich geworden, ihre Produktion zu steigern.

Jetzt ist aber die Zeit gekommen, in der wir uns darüber klar werden müssen, daß die Zulassung neuer großer Anleihen schwere Sorgen für die Zukunft hinsichtlich der Beschaffung von ausländischen Devisen zur Zahlung der Zinsen und zur Tilgung des geliehenen Kapitals bringen wird.

Durch die neue Kapitalbeschaffung sind manche Gemeinden veranlaßt worden, Arbeiten zu übernehmen, die nicht besonders dringend waren und durch die die Produktivität keine Steigerung erfahren hat. So entstand das Scheinbild eines geschäftlichen Aufblühens, das der wahren Situation Deutschlands nicht entspricht. Die Rückschlüsse einer solchen Wirtschaftspolitik werden um so schlimmer werden, je länger man auf sie warten muß. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat seinen Einfluß dafür eingesetzt, diesen Scheinblenden Heberflut in normale Wege zu leiten. Er will jede Anleihe

verbieten oder aufschließen lassen, die nicht unbedingt nötig ist und keine unmittelbaren Vorteile bringt. Seine Haltung hat dem Reichsbankpräsidenten viele Gegner verschafft. Wer aber objektiv urteilt, der muß anerkennen, daß Dr. Schacht das Beste für das Land hat, die Gefahr einer hemmungslosen Anleihepolitik klar gezeigt zu haben. Er will beweisen, daß ein Volk, welches sich mit Schulden belastet, seine Unabhängigkeit auf Spiel setzt und sich in Zukunft auf schmerzliche Verluste gefaßt machen muß. Nach der Ueberzeugung Schachts ist es eine Pflicht für uns alle, unsere Geschäfte mit größter Sparsamkeit zu führen, und soweit es irgend möglich ist, mit dem Kapital auszukommen, das ein jeder zur Verfügung hat. Nur auf diese Weise wird es im übrigen möglich sein, Anleiheoperationen, in denen das Ausland an uns Geld auszuleihen verweigert, wenn sie durchsich un vermeidlich sind, unter günstigen Bedingungen durchzuführen.

### Amerika und die Kandidatur Lewinskis.

New York, 24. Oktober. „Baltimore Sun“ veröffentlicht einen Leitartikel über die Kandidatur des deutschen Generalkonsuls in New York, Dr. v. Lewinsky, für den Posten des neuen Botschafters in Washington. Darin heißt es u. a.: Es sei nicht Aufgabe amerikanischer Zeitungen, eine fremde Regierung in Angelegenheiten dieser Art beraten zu wollen. Es sei jedoch angebracht, daß der große, wenn auch unaufrichtige Wert der Arbeit Lewinskis vom deutschen Auswärtigen Amt gewürdigt wurde. Nur wenige nach dem Kriege nach Amerika in offizieller Eigenschaft entsandte deutsche Bürger hätten mehr für die Wiederherstellung der deutsch-amerikanischen Beziehungen getan als Lewinsky. In ständiger Zusammenarbeit mit Westfeld habe er den Abschluß des ersten deutsch-amerikanischen Handelsvertrages vorbereitet, ferner habe er es verstanden, private amerikanische Ansprüche gegen Deutschland von 1/4 Milliarde Dollar auf 150 Millionen Dollar herabzusetzen, sowie eine Verständigung mit der amerikanischen Filmindustrie über Rechte an Schülern herbeizuführen, dergestalt, daß heute in der ganzen Welt kein amerikanischer Filmstumm mehr gezeigt werde, der nicht vorher ihm oder seinen Beamten zur Begutachtung vorgelegen hätte. Seine intime Freundschaft mit Houghton, Mellon und Daves, sowie seine herzlichen Beziehungen zu allen Washingtoner Behörden ließen für seine eventuelle Botschaftstätigkeit das Beste erhoffen. Wenn es irgend jemand möglich sei, die Frage der Rückgabe deutschen Eigentums und der Weiterentwicklung des Dawesplanes in einem für Deutschland günstigen Sinne zu lösen, dann sei es Lewinsky möglich.

## Deutschlands Mitarbeit in der Mandatskommission

### Dr. Raflis Eröffnungsansprache in Genf.

Genf, 24. Okt. Heute vormittag wurde hier die 12. Tagung der Ständigen Mandatskommission des Völkerbundes, an der heute auch zum ersten Male ein deutscher Vertreter teilnimmt, eröffnet. In seiner Begrüßungsansprache hieß der Präsident Theodor neben den bisherigen Mitgliedern der Kommission insbesondere den deutschen Vertreter, das Vorkandidat des Reichserzkanzlers der Deutschen Industrie Geheimrat Dr. Raflis, herzlich willkommen. Die Tagung der Kommission, die ungefähr 14 Tage dauern wird, wird sich mit den Berichten über die Verwaltung im Irak, in Kamerun, in Togo und auf Samoa, sowie mit einigen Petitionen und allgemeinen Fragen beschäftigen. Nach dem Präsidenten der Kommission sprach Vizepräsident van Hees-Holland. Er erläuterte Bericht über die vor kurzem abgeschalteten Beratungen des Völkerbundesrates und der Völkerbundversammlung über Mandatsfragen.

Hierauf betonte Geheimrat Dr. Raflis in einer Einführungsansprache, daß er mit einigen Jägern das Amt, in das ihn der Völkerbundrat gerufen habe, angenommen habe. Er sei aber bereit, sein bestes Können der Kommission zur Verfügung zu stellen und das Seine zur intellektuellen und wirtschaftlichen Hebung der Bevölkerung der unter Mandat stehenden Gebiete beizutragen.

Präsident Theodor versicherte, daß die großen Fähigkeiten Dr. Raflis auf finanziellem und kolonialen Gebiete der Kommission sicherlich von großem Nutzen sein würden, und daß die Mitwirkung des deutschen Mitarbeiters zweifellos sowohl für die Mandatsmächte, als auch für den Völkerbund und die unter Mandat stehenden Gebiete großen Vorteil haben würde.

### Verstärkter Kampf gegen das deutsche Südtrol.

Nicht einmal die Grabinschriften sind vor Italienisierung sicher!

Wien, 24. Okt. Nach der Meldung einer Wiener Korrespondenz haben die italienischen Bürgermeister der südtiroler Gemeinden Marzaid, Kurling und Tenoberg die Entsernung aller Italienisten in die Angelegenheiten beschlossen. Selbst deutsche Anschriften auf Grabsteinen müssen entfernt werden. In den Kirchen dürfe nur noch italienisch gepredigt werden. In den Kirchen des Passiers Tals hätten durchweg italienische Predigten den Unterricht übernommen. In St. Leonhard sei der Lehrer Stephan Burzer, der bereits über 10 Jahre als Schullehrer tätig war, ohne Angabe von Gründen seines Dienstes entlassen worden.